

An die Medien,

Lausanne, 1. Februar 2024

DER SBV VERTEIDIGT FREIHANDEL UND NICHT DIE SCHWEIZER BÄUERINNEN UND BAUERN!

Die Wut der Schweizer Bäuerinnen und Bauern, die in den letzten Tagen sichtbar wurde, die extrem enttäuschende und unzureichende Antwort des Schweizer Bauernverbands und in Solidarität mit unseren Kollegen von La Via Campesina, die überall in Europa mobilisiert haben: Uniterre ermutigt seine Mitglieder und alle Schweizer Bäuerinnen und Bauern, mehr zu fordern!

Seit der letzten grossen Bauerndemonstration in Bern im Jahr 2005, die bereits mit dem Finger auf die neoliberale Politik der Regierung zeigte, hat sich die Situation nur noch verschlimmert. Innerhalb von 50 Jahren hat sich die Anzahl der Schweizer Bauernhöfe halbiert und seit 20 Jahren schliessen jeden Tag durchschnittlich 3 Bauernhöfe ihre Tore. Gleichzeitig fallen die Produzentenpreise jedes Jahr, während die Produktionskosten explodieren (+14% im Jahr 2022) und die Preise für Lebensmittel in den Geschäften stetig steigen [1]. Die Bäuerinnen und Bauern, die einer immer strengeren Bürokratie unterworfen sind, haben dennoch nicht das Rechnen verlernt. Sie wissen genau, wo das Geld der Konsument*innen landet, das sie nie zu Gesicht bekommen werden. Uniterre hat dies, wie auch andere [2], immer wieder aufgezeigt, zuletzt mit der Kampagne für faire Preise [3]. Aus diesen Gründen und ermutigt durch die Aufstände in den Nachbarländern haben die Schweizer Bäuerinnen und Bauern in den letzten Tagen ihre legitime Wut zum Ausdruck gebracht und darauf gewartet (<https://uniterre.ch/de/solidaritaet-deutschland-keine-nachhaltige-ernaehrung-ohne-faires-einkommen/>), dass "die bäuerliche Interessensvertretung" ihre Sache vertritt.

Leider hat sich der Schweizer Bauernverband (SBV) mit einer Petition auf Campax begnügt (<https://act.campax.org/petitions/forderungen-der-landwirtschaft-an-die-politik-und-den-markt!>) Uniterre ist der Meinung, dass dies eine unzureichende Antwort ist und dass dringend Gesetze erlassen werden müssen und den grossen Unternehmen klare Grenzen gesetzt werden müssen, egal ob es sich um Coop, Migros, Fenaco oder die multinationalen Konzerne handelt! Leider überrascht uns diese Halbherzigkeit nicht. Letztes Jahr hat sich der SBV mit Économie Suisse, dem Arbeitgeberverband und dem Schweizerischen Gewerbeverband (SGV) zur Perspektive Schweiz zusammengeschlossen. Die Ziele dieser neuen Interessengruppe sind klar: Sie will den Freihandel und den freien Wettbewerb fördern, wie wir bereits vor einem Jahr in einem Artikel aufgezeigt haben. Diese unheilige Allianz hindert den SBV nun daran, seiner eigentlichen Aufgabe nachzukommen, nämlich die Existenz der Landwirtinnen und Landwirte zu verteidigen. Indem er ohne mit der Wimper zu zucken behauptet, *die* Landwirtschaft zu sein, opfert er sie auf dem Altar des Marktes. Jüngstes Beispiel ist die Ablehnung der parlamentarischen Initiative für einen Agrar-Ombudsmann durch den Nationalrat, der einen besseren Rechtsschutz für Bauern und Bäuerinnen gewährleisten sollte, die mit unfairen Praktiken konfrontiert sind. Die Vertreter der "Bauernlobby" in Bern lehnten die Initiative weitgehend ab (<https://uniterre.ch/de/der-nationalrat-lehnt-einen-besseren-schutz-der-landwirtinnen-ab/>). Dies ist Teil der übertriebenen Instrumentalisierung der "Ökos", die die Bauernlobby in den Medien und auf ihren eigenen Kommunikationskanälen betreibt. Es verstecken sich scharfe Kritiker der idyllischen Familienlandwirtschaft in den Reihen des SBV – ganz im Gegensatz zu dem, was die Kader des SBV behaupten. Stattdessen zielt dieses idyllische Bild der Schweizer Landwirtschaft weiterhin die Kommunikation des SBV und der Grossverteiler. Es ist an der Zeit, dass sich die Agrarwelt die Risse bewusst macht, die sie wirklich spalten.

Die unlauteren Handelspraktiken der grossen Detailhändler sind nicht mehr zu übersehen. Die öffentliche Hand, also die Bundesverwaltung und das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), kann diese

Tatsache nicht ignorieren. Anstatt jedoch Transparenz auf den Agrarmärkten zu entwickeln und den Markt zu regulieren, ziehen sie es vor, über die Direktzahlungen (also unsere Steuern!) öffentliche Gelder auszugeben. Wir fordern nun einen starken politischen Mut. Es ist nicht länger tragbar, sich hinter übertriebenem Wettbewerb und Geschäftsgeheimnissen zu verstecken: Die grossen Einzelhandelsunternehmen, allen voran Coop und Migros, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Auch die übertriebene Fokussierung auf die Verantwortung der Konsumentinnen und Konsumenten und auf die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen muss ein Ende haben. Faire Preise und transparente Wertschöpfungsketten können nur erreicht werden, wenn der Bund seine Verantwortung wahrnimmt, indem er die Geschäftspraktiken der Detailhändler kontrolliert, insbesondere durch Marktregulierung und eine bessere Verteilung des Profits. Laissez-faire ist nicht mehr denkbar: Das Desinteresse des Bundes spielt den Grossverteilern in die Hände, die somit weiterhin unbehelligt die Schweizer Bauernschaft ausbluten lassen können!

Anders als in vielen Medien dargestellt, richtet sich die Wut der europäischen Bäuerinnen und Bauern nicht nur gegen den Green New Deal und die ökologischen Massnahmen. Es ist unsere Pflicht, gemeinsam mit der Europäischen Koordination von La Via Campesina vor der Gefahr der Vereinnahmung durch rechtsextreme Kräfte und vor der Verbreitung eines klimaskeptischen Diskurses zu warnen. Die Schweizer Landwirt*innen gehören zu den besten Schüler*innen in Sachen Umweltschutz, und die überwiegende Mehrheit ist sich der Herausforderungen bewusst, die mit dem Verlust der Biodiversität und dem Klimawandel verbunden sind. Es sei noch einmal daran erinnert, dass sie die ersten sind, die unter den Folgen des Klimawandels leiden! Aber es ist zutiefst ungerecht, dass sie allein die Kosten dafür tragen müssen. Sie haben genug getan! Die ökologischen Massnahmen müssen beibehalten werden, aber sie müssen einerseits mit der Landwirtschaft ausgehandelt und andererseits finanziell vollständig kompensiert werden. Ausserdem schlagen wir vor, dass die wichtigsten der künftigen ökologischen Auflagen nicht willkürlich am Ende eines Kalenderjahres, sondern bei der Hofübergabe auferlegt werden. Da die Hälfte der Betriebsleiter in den nächsten 15 Jahren in den Ruhestand gehen wird, ist es dringend nötig, den Zugang der jungen Generation zu Land aktiv zu fördern.

Die Landwirtinnen und Landwirte erheben sich in diesen Tagen gegen das neoliberale System, den globalisierten Markt und fehlende Anerkennung. Genug ist genug! Wir können nicht auf diesem Weg weitermachen, der das Leben durch bäuerlichen Suizid, grenzenlose Tierausbeutung, Ressourcenvernichtung und die Konkurrenz mit Lebensmitteln, die unter sklavenähnlichen Bedingungen produziert werden, zerstört!

In den nächsten Tagen finden in verschiedenen Kantonen Bauernversammlungen statt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass ein Teil der Bäuerinnen und Bauern hier, wie in unseren Nachbarländern, auf die Strasse gehen wird. Wir rufen unsere Mitglieder dazu auf, sich lokal zu organisieren, unsere Informationen weiterzugeben und in Kontakt zu bleiben.

[1] <https://www.heidi.news/explorations/qui-nourrira-la-suisse-demain/en-chiffres-et-en-graphiques-tout-comprendre-des-fermes-et-des-surfaces-agricoles-en-suisse>

[2] <https://www.frc.ch/dossiers/marges/>

[3] <https://uniterre.ch/de/aktuell/#faire-preise>

Medienkontakte

Maurus Gerber, maurus.gerber@bluewin.ch, 081 864 70 22

AGRICULTURE SUISSE:
L'AMOUR EST
DANS LE PRÉ!

